



Bilanz des Fachgesprächs „Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit“ einer Kooperationsveranstaltung der Arge Freie München mit der Katholischen Stiftungsfachhochschule München

Es könnten mehr Fachkräfte ausgebildet und nachqualifiziert werden, wenn das Bayerische Wissenschaftsministerium weitere Studienplätze refinanziert.

Das ist ein Fazit des Fachgesprächs „Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit“, zu dem die Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege München und die Katholische Stiftungsfachhochschule München (KSFH) im Dezember 2016 eingeladen hatten. Rund 50 Teilnehmende diskutierten in vier Arbeitsgruppen und formulierten Forderungen an die kommunale Verwaltung, Politik, sowie an Ausbildungsinstitutionen und Praxis.

Dorothee Schiwy, Sozialreferentin der Landeshauptstadt München betonte in ihrem Grußwort, dass die Metropolregion München auch in den kommenden Jahren in Deutschland einer der wichtigsten Zuwanderungsgebiete bleibe. Werner Nüßle, Leiter der Sozialplanung, präsentierte Daten aus München und der Region, die diese als einen der hochattraktivsten Wirtschaftsstandorte Deutschlands ausweisen. Ebenso ist die Landeshauptstadt eine sehr junge Stadt, die steigende Geburtenzahlen verzeichne.

Johannes Kolb, Geschäftsführer Operativ der Agentur für Arbeit München schloss mit seinem Vortrag zur Entwicklung der sozialen Arbeit im Agenturbezirk München an und verglich darin die prozentualen Anteile der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Jahre 2013 und 2016. Er zeigte auf, wie stark sich hier der Arbeitsmarkt verändert habe.

Norbert J. Huber, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege und Geschäftsführer der Caritas Zentren München machte in seinem Grußwort auch auf die Anerkennung ausländischer Abschlüsse für den deutschen Arbeitsmarkt aufmerksam.

Prof. Dr. Andreas Schwarz, Dekan des Fachbereichs Soziale Arbeit der KSFH München, signalisierte die Bereitschaft der Hochschule, mehr Fachkräfte auszubilden, wenn der Freistaat die Refinanzierung übernehme. Akademische Quereinsteiger könnten mit zusätzlichen Ressourcen für eine Tätigkeit im Sozialen Bereich qualifiziert werden.

Die rund 50 Teilnehmenden des Fachtags formulierten in vier Arbeitsgruppen unter der Moderation von Frank Holzkämper, AWO München, Johannes Mathes, Caritas München, Prof. Dr. Andreas Schwarz, KSFH und Ines Terhuvén, BRK-Kreisverband München, **Forderungen an die kommunale Verwaltung, Politik, Ausbildungs-institutionen und Praxis.**

Eine **zentrale Forderung an die Kommune** lautet, dass öffentliche und freie Träger gleiche Möglichkeiten haben sollten, ihre Fachkräfte angemessen zu vergüten. Einstellungsprozesse müssten zudem schneller und unbürokratischer gestaltet werden und Prognosen, die

erkennen lassen, wie sich der Fachkräftebedarf entwickelt, sollten für die Planung herangezogen werden. Die Forderungen an die kommunale Verwaltung wurden in das Spitzengespräch der Arge öffentliche und freie Wohlfahrtspflege am 28.03.2017, aus der auch die Veranstaltung entstanden ist, thematisch rückgespielt.

Eine **zentrale Forderung der Arbeitsgruppe Politik** ist, die Refinanzierung der Hochschulen zu verbessern, um mehr Ausbildungsplätze in der Sozialen Arbeit bereitstellen zu können. Wege zur Verbesserung der Anerkennungsverfahren ausländischer Abschlüsse, ohne gleichzeitig eine Standardabsenkung zuzulassen, wird aktuell in den vier Fachausschüssen der Arge Freie diskutiert.

Ausbildungsinstitutionen sollten Fachkräfte mit einem generalistischen Basiswissen ausbilden und Politik solle als zentraler Bestandteil des Studiums der Sozialen Arbeit ausgebaut werden.

Als **Forderung an die Praxis** wurde u.a. konkludiert, dass Mitarbeitende gut und umfassend eingearbeitet werden müssen. Ebenso ist mehr Augenmerk auf die Förderung der Weiterqualifizierung und der MitarbeiterInnenpflege generell zu legen.

Derzeit bereitet die ARGE Freie München ein gemeinsames Schreiben zusammen mit dem Sozialreferat zur besseren Refinanzierung des Studienplatzbedarfs gegen den massiven Fachkräftemangel im sozialen Bereich an das Kultusministerium vor.